

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag

Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
 kostet 10 Pf.

Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)

Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
 kostet 10 Pf.

Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

für Wilsdruff, Tharandt,

Rosßen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Einundvierzigster Jahrgang.

Nr. 94.

Freitag, den 25. November

1881.

Bekanntmachung.

Die Schulvorstände des hiesigen Bezirks werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß die Anzeige über die für den Fall einer Mobilmachung als unabkömmlig zu bezeichnenden Lehrer

bis zum 30. dieses Monats

anher zu erstatten und dazu das Seite 166 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1876 ersichtliche Schema zu benutzen ist.

Meissen, am 22. November 1881.

Königliche Bezirksschul-Inspection.

J. B.

Gilbert, B.-Aß.,
zugleich für den Herrn Bezirksschulinspector.

Bekanntmachung.

Mit Schluss dieses Jahres haben aus dem hiesigen Stadtgemeinderath die Stadtverordneten

Herr Restaurateur Carl Hermann Reiche,

Herr Stadtgutsbesitzer Carl Gottlob Herrmann

Herr Stellmachermeister Emil Eduard Lossner

und auszuscheiden und ist deshalb eine Ergänzungswahl zu veranstalten.

Zu wählen sind

drei angesehene Stadtverordnete und
ein angesehener Stadtverordneten-Ersatzmann.

Als Wahltag ist

Montag, der 5. Dezember dss. Jrs.,

bestimmt.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen in den §§ 45, 46, 53 und 54 der Städteordnung vom 24. April 1873 und mit Bezug auf die im hiesigen Rathause anhängende Wahlliste werden daher sämtliche stimmberechtigte Bürger hiesiger Stadt aufgefordert, an dem ge- dachten Wahltag in der Zeit von Vormittags 9 bis Mittags 1 Uhr auf dem hiesigen Rathause im Sessionszimmer vor dem Wahlauschüsse bei Verlust des Wahlrechtes für gegenwärtigen Fall persönlich ihre Stimmzettel, auf welche 4 ausjähige wählbare Bürger so zu verzeichnen sind, daß über deren Person kein Zweifel übrig bleibt, abzugeben.

Wilsdruff, am 24. November 1881.

Der Bürgermeister.

Ficker.

Bekanntmachung.

Der diesjährige Wilsdruffer Herbstjahrmarkt wird

Donnerstag, den 8.

und

Freitag, den 9. Dezember dieses Jahres,

abgehalten.

Wilsdruff, den 24. November 1881.

Der Stadtrath.

Ficker, Bgmstr.

Tagesgeschichte.

Im Hinblick auf die epochemachende Bedeutung der Allerhöchsten Kaiserlichen Botschaft, mit welcher die Gründung des Reichstages stattgefunden hat, ist von dem Minister des Innern angeordnet, daß dieselbe in Plakatform in sämtlichen Gemeinden des preußischen Staates durch Aushang an den für die Bekanntmachung lokaler Verordnungen bestimmten Örtlichkeit noch besonders zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden soll.

Fürst Bismarck verbleibt zunächst und, wie man annimmt, wohl den Winter hindurch in Berlin; ob er sich viel oder überhaupt an den Reichstagsverhandlungen beteiligen wird, ist eine andere Frage. Es wird vielfach bezweifelt. Bemerkenswerth ist ein Schreiben, welches der Reichskanzler als Erwideration auf eine Adresse eines Vereins des Wedding-Stadttheils an den Abhender geschickt hat. Dasselbe lautet: Berlin, den 15. November. Die von Eurer Hochwohlgeboren in Gemeinschaft mit Bewohnern des Wedding-Stadttheils unter dem 27. September d. J. an mich gerichtete Adresse habe ich empfangen und freue mich des in derselben ausgesprochenen Einverständnisses mit meinen Bestrebungen. Ich werde an den Grundzügen, nach welchen ich die Reform unserer steuerlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung in Angriff genommen habe, festhalten, so lange ich Minister bin, und mich durch Verminderung der Aussicht auf einen baldigen Erfolg von dem Bekennniß meiner Überzeugungen nicht abhalten lassen. Ich sage Ihnen und allen Herren, die sich an der Adresse vom 27. September d. J. betheiligt haben, verbindlichste Dank und habe mich über die geschmackvolle Ausstattung Ihrer Kundgebung gefreut. v. Bismarck. Sr. Hochwohlgeboren Herrn R. v. Hartwig, hier.

Wenn sich das Material für den Reichstag nicht vermehrt, so halten es die Abgeordneten sehr wohl für möglich, damit bis Weihnachten zum Abschluß zu gelangen. Mit der geschäftlichen Behandlung des Budgets soll, wie in früheren Jahren, vorgegangen werden, so daß die besonders wichtigen Theile an die Budgetkommission gelangen und das Uebrige im Plenum berathen wird. Die Rechnungsübersichten werden an die Rechnungskommission gelangen. Das Budget wird auch nur in der allgemeinen Debatte und bezüglich vereinzelter Punkte, wie des Volkswirtschaftsrathes für Wohnungseinrich-

zung eben so wenig wie die frühere Stimmung vorhanden ist, zu eingehenden Erörterungen führen, so daß hierdurch kein zu langer Aufenthalt entsteht. Die Vorlage wegen der Kostenbewilligung des Hamburger Zollanschlusses wird wahrscheinlich einer Kommission überwiesen werden; Widerstand dagegen ist übrigens nicht zu erwarten.

Bekanntlich hat sich der Reichskanzler gelegentlich des jüngsten parlamentarischen Diner dahin ausgesprochen, er werde nunmehr veranlassen, daß ein wirklicher Stellvertreter, ein Vizekanzler, für den er beim Reichstage ein Gehalt von 60,000 Mk. fordern wolle, an seiner Statt in die Leitung der Geschäfte eintrete, während er selbst sich auf die auswärtigen Angelegenheiten beschränfen werde. Wie jetzt verlautet, hat sich der Reichskanzler bei dieser Auslassung auch von der Ansicht leiten lassen, daß durch Ernennung eines wirklichen Stellvertreters die doch einmal nothwendige Trennung der Reichskanzlerschaft von der preußischen Ministerpräsidenschaft sich am Besten anbahnen lassen werde. Von allen einflorigen Politikern ist längst anerkannt worden, heißt es in der „Vöf. Blg.“, daß die Vereinigung beider Amter in einer Person unmöglich eine dauernde sein kann. „Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ist allein schon geeignet, die volle Arbeitskraft eines Staatsmannes in Anspruch zu nehmen.“ Fürst Bismarck hat auch schon früher selbst zugegeben, daß der Reichskanzler nicht nothwendig preußischer Ministerpräsident sein müsse, als er nämlich unter der Ministerpräsidenschaft des Grafen v. Roon im preußischen Abgeordnetenhaus die Gründung entwickelte, die ihn bewogen, von der Stellung eines Ministerpräsidenten zurückzutreten. Er sagte damals, der Reichskanzler könne preußischer Ministerpräsident sein oder nicht, ja noch mehr, ein Preuse oder ein Bayer, und betonte, an dem Kanzler sei das Deutsche die Haupthache, dieser bedürfe einer „Heranbildung“ aus der ganzen Vegetation, die sich im preußischen Ministerium nothwendig bei ihm aussiehe.

In der Vöf'schen Zeitung in Berlin bietet eine Witwe ihre 4 Kinder mit einemmale zum Brüchen an und zwar „wegen Mangel an Raum.“

Stuttgart, 21. November. Gestern Abend fand ein Zusammentreffen eines nach Ralw bestimmten Personenanges mit einem Personenzug, der von Ludwigsburg kam, statt. 5 Personen wurden